

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3017

Der Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Landtagsverwaltung

An die
Vorsitzenden der Landtagsfraktionen

Mein Zeichen: L 2 V

An den
Vorsitzenden des SSW im Landtag

**Bearbeiterin:
Elsbeth Stoltenberg**

An den
Vorsitzenden
des Umwelt- und Agrarausschusses

**Telefon (0431) 988-1101
Telefax (0431) 988-
elsbeth.stoltenberg@landtag.ltsh.de**

nachrichtlich:

An die
Parlamentarischen Geschäftsführerinnen
und Parlamentarischen Geschäftsführer
der Landtagsfraktionen

10. Juni 2014

im Hause

**Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein
(KSpG-SH)**

Schreiben der Bürgerinitiative gegen CO₂ Endlager e.V. vom 1. Juni 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

oben genanntes Schreiben – in Kopie – sende ich Ihnen zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Thomas Schürmann



Bürgerinitiative gegen CO₂ Endlager e.V.
25842 Langenhorn
Marktstraat 15

Langenhorn, 01.Juni 2014
Tel.: 04672-777125

**Präsident des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Klaus Schlie
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel**

Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein (KSpG-SH)

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrte Damen und Herren des Schleswig-Holsteinischen Landtages,

das Gesetz zur Regelung der Kohlendioxid-Speicherung in Schleswig-Holstein (KSpG-SH) wurde einstimmig im Landtag verabschiedet und hat nunmehr Gesetzeskraft. Das ist überaus aner kennenswert und verdeutlicht die Haltung und den gemeinsamen Widerstand des Landtages, der Landesregierung und der Bevölkerung gegen eine teure Hochrisiko-Technologie des vorigen Jahrtausends, die zudem den Klimawandel verschärft.

Mit großer Sorge beobachten wir die Bestrebungen der EU-Kommission, durch Verschärfung von EU-Richtlinien den EU-Mitgliedsstaaten CCS und Fracking aufzuzwingen. Dagegen werden wir unseren Widerstand mit Sach- und Fachverstand bündeln und verstärken.

Aufmerksam machen möchten wir noch auf Folgendes: Ein Verbund internationaler Versicherungen, dem u.a. die Swiss Re und die Zürich Versicherung angehören, bietet eine CCS-Versicherung an, die eine Teilhaftung des Staates fordert.

Wir wünschen Ihnen allen für die parlamentarische Arbeit weiterhin Kraft und Weitsicht für unser Land.

Mit freundlichen Grüßen

Karin Petersen
Vorsitzende